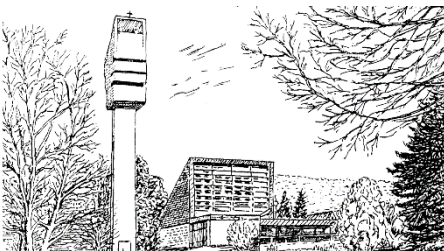


August/September 2022

In der heutigen Ausgabe informieren wir Sie über folgende Themen:

- Wir ziehen um zum 1. Oktober 2022
- Reparatur Café Windeck bleibt im August und September 2022 geschlossen
- Klöncafé oder auch Erzählcafé öffnet am 03. August 2022
- Grundsteuererklärung für Privateigentum: auch in Papierform ermöglichen
- Die Entlastungspakete sind unzureichend
- Koalitionsvertrag NRW: Zukunftsvertrag ohne ältere Menschen
- Web-Seminare der Verbraucherzentrale: Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsvollmacht | 9. und 26. August 2022
- **Wir brauchen dringend Verstärkung!**
- Rätselecke
- Impressum / Bankverbindung



Wir ziehen zum 1. Oktober 2022 um

Im September 2022 werden wir umziehen. Ab 1. Oktober 2022 sind wir dann im Evangelischen Gemeindezentrum in Windeck-Dattenfeld, Bergische Straße 30, zu erreichen.

Hier finden zukünftig auch alle unsere Veranstaltungen statt.

Bildquelle: www.kirche-rosbach.de

Reparatur Café Windeck bleibt im August und September 2022 geschlossen



Das Reparatur Café Windeck bleibt im August und September 2022 geschlossen.

Wir öffnen dann wieder am 22. Oktober 2022, nach unserem Umzug in unsere neuen Räume im Evangelischen Gemeindezentrum in Windeck Dattenfeld (siehe oben).

Klöncafé oder auch Erzählcafé öffnet am 03. August 2022



Wir laden ein zu Kaffee und Kuchen und eröffnen damit unser Klöncafé am **03. August 2022 ab 15 Uhr**.

Unsere Vorstandsmitglieder **Andrea Aberfeld** und **Helga Kling** erwarten Sie in den Räumen des Seniorenbüros in Dattenfeld, Am Kirchweiher 21.

Melden Sie sich bitte bis zum **01. August 2022** an, damit wir die entsprechenden Vorbereitungen treffen können.

Telefon: 02292 – 922308 oder per E-Mail: a.aberfeld@seniorenbuero-windeck.org

Im September 2022 bleibt das Klöncafé wegen unserem Umzug geschlossen.

Grundsteuererklärung für Privateigentum: auch in Papierform ermöglichen

Rund 36 Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer in Deutschland müssen bis zum 31. Oktober 2022 eine Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes abgeben. Es ist gesetzlich vorgesehen, dass dies online erfolgen soll.

Viele Eigentümerinnen und Eigentümer zählen zur älteren Generation, von der ein großer Teil weder einen Internetzugang noch einen Computer besitzt. Die BAGSO hat in einem Schreiben an die Finanzministerinnen und -minister appelliert, bürgerfreundlich zu agieren und für diese Zielgruppe die Papierform gleichrangig zur Verfügung zu stellen.

Die BAGSO fordert die Finanzbehörden auf, Vordrucke zum handschriftlichen Ausfüllen zur Verfügung zu stellen. Die Bearbeitung und Übermittlung der Angaben sollte so einfach wie möglich gestaltet werden, damit die Formulare ohne die Unterstützung von kostenpflichtigen Dienstleistern ausgefüllt werden können. Telefonische Hotlines sollten mit ausreichend Personal besetzt sein, die Bürgerinnen und Bürger bei der Übermittlung der Angaben unterstützen können.

„Sorgen Sie bitte dafür, dass auch diejenigen, die keine Möglichkeit haben Online-Portale zu nutzen, eigenverantwortlich ihren Pflichten als Eigentümerinnen und Eigentümern nachkommen können“, heißt es in dem Schreiben an die Ministerinnen und Minister.

Die Entlastungspakete sind unzureichend

In einem Schreiben an den Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil, die Fraktionsspitzen der Koalition und die Mitglieder des Sozialausschusses des Bundestages verweist die Volkssolidarität auf die deutlich spürbaren Folgen der Krisen in den letzten beiden Jahren und auf die steigende Inflation, vor allem auf die Teuerungsraten bei Energie und Lebensmitteln. Die dagegen eingeleiteten Maßnahmen zur Entlastung der Bürger*innen kommen jedoch nicht bei allen an. Nötig sind Programme, die die Auswirkungen vor allem für die Schwachen der Gesellschaft lindern. Die Volkssolidarität fordert den Bundesminister wie die Bundesregierung auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

So begrüßenswert die Einführung des Kindersofortzuschlags oder die Einmalzahlung von 200 Euro für Leistungsbeziehende von Grundsicherung waren, so wenig reichen sie aus. Nötig ist hier zum Beispiel eine dauernde Erhöhung des monatlichen Regelsatzes um 200 Euro, wenigstens aber auf 600 Euro. Zudem müssen die Sätze unmittelbar an die Inflation angepasst werden. Bis jetzt kommen die Entlastungsprogramme kaum bei den richtigen Zielgruppen an, weil sie größtenteils auf Steuererleichterungen für und Zuschüsse auf Arbeitseinkommen ausgerichtet sind. Und das geht an Menschen, die von der Mindestsicherung leben müssen, vorbei.

Wo bleibt eine finanzielle Entlastung für die Rentner*innen?

Eine der größten Leerstellen bei den Entlastungsprogrammen besteht jedoch für die Rentner*innen, die offenbar vergessen wurden. Das ist enttäuschend und für die Volkssolidarität nicht hinnehmbar. Der Verweis auf die bevorstehende Rentenerhöhung greift hier nicht, denn die ist ein Anrecht auf die angemessene Beteiligung an der Lohnentwicklung und kein Zuschuss. Zudem wird durch die Wiedereinführung des Nachholfaktors eine nominale Rentenkürzung wahrscheinlich. Deshalb fordert die Volkssolidarität auch für die Rentner*innen eine finanzielle Entlastung in Höhe

von 300 Euro. Darüber hinaus erwartet die Volkssolidarität spürbare Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation und zur Dämpfung ihrer Folgen, und das vor allem für die Einkommensschwächeren.

Koalitionsvertrag NRW: Zukunftsvertrag ohne ältere Menschen

Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) hatte vor der Landtagswahl eindringlich an die Politik appelliert, für die Zukunftsgestaltung die Vielfalt des Alters, die besonderen Probleme und auch die Potenziale von älteren Menschen im Blick zu haben.

Der sogenannte „Zukunftsvertrag“, das heißt der Koalitionsvertrag der neuen schwarz-grünen Landesregierung, ist ein starker Dämpfer für die Erwartungen der LSV NRW. „Wir hatten im Mai deutlich gemacht, dass wir z. B. in den Bereichen bezahlbares, barrierefreies Wohnen, Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe in Zeiten der Digitalisierung oder auch der Bekämpfung der Altersarmut wirklich entscheidende Schritte von der neuen Regierung erwarten“, kommentiert Karl-Josef Büscher den Koalitionsvertrag. Sein Fazit: „Unsere Erwartungen wurden in keiner Weise erfüllt.“

Die über 65-jährigen sind mit rund 20 % zahlenmäßig die zweitstärkste Bevölkerungsgruppe in NRW.

Büscher sieht die Älteren als völlig unterrepräsentiert an im Basispapier der Landesregierung. „Der den Seniorinnen und Senioren gewidmete Passus im Koalitionsvertrag entspricht mit insgesamt acht Zeilen in einem Werk von über 7.000 Zeilen sicher nicht dem Stellenwert der Altersgruppe für das gesellschaftliche Leben in NRW“, kritisiert Büscher.

Konkret fordert er die Landesregierung auf, angesichts von galoppierender Inflation und exorbitant gestiegenen Energiekosten darauf hinzuwirken, dass auch nicht erwerbstätige Rentnerinnen und Rentner Ausgleichszahlungen erhalten. Denn etwa ein Viertel der über 1,8 Millionen Rentempfänger in NRW verfüge nur über einen Rentenzahlbetrag von unter 1.200 EUR.

„Soziale Teilhabe ist aber nicht nur eine Frage des Geldes. Wir brauchen dringend eine vom Land koordinierte Schulungsinitiative für den Gebrauch von digitalen Geräten und Medien speziell für Ältere“, fordert der LSV-Vorsitzende. Das auch von Kommunen oder der Kreis- und Landesebene ausgeweitete Online-Angebot zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gehe sonst an großen Teilen der Bevölkerung über 65 Jahre vorbei. Etwa 3,5 Mio. Menschen dieser Altersgruppe in Deutschland nutzen das Internet weder gezielt noch wissentlich mittelbar, sie können damit auch von staatlichen Internetangeboten nicht erreicht werden.

Nicht zuletzt erwartet Büscher, dass gesicherte Mobilität für Ältere und bezahlbares Wohnen in altengerechten Wohnungen als System verstanden wird. Barrierefreie Wohnungen im Nahbereich von notwendiger Geschäfts- oder Gesundheitsinfrastruktur erhöhen den Selbstversorgungsgrad auch von mobilitätseingeschränkten Personen. Dabei gilt es, durch den verstärkten Ausbau von Radwegen insbesondere die Sicherheit für ältere Pedelec-Nutzer zu erhöhen. In 2021 war ein Plus von 22 % bei Pedelec-Unfällen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, drei Viertel der 32 tödlich Verunglückten waren über 65 Jahre.

Web-Seminare der Verbraucherzentrale: Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung | 9. und 26. August 2022

Viele Menschen wollen selbst bestimmen, wer sie im Krankheitsfall vertritt oder wie ihr Lebensende gestaltet sein soll. Worauf beim Erstellen einer Vorsorgevollmacht oder Patientenverfügung zu achten ist, wird in zwei Web-Seminaren der Verbraucherzentrale erläutert. Das Web-Seminar „Patientenverfügung“ findet am 9. August 2022 um 12.00 Uhr statt und dauert ca. 30 Minuten.

Das Web-Seminar „Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung“ findet am 26. August 2022 um 16.00 Uhr statt und dauert ca. eine Stunde. Die Teilnahme ist kostenlos.

Zur Anmeldung geht's hier:

<https://next.edudip.com/de/webinar/patientenverfugung-august/1828150>

Wir brauchen dringend Verstärkung!

Das Seniorenbüro sucht dringend ehrenamtliche Mitarbeiter*innen.

Für unser **Reparatur-Café** suchen wir einen Elektriker, der bereit ist unser Team jeden zweiten Samstag im Monat von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr ehrenamtlich zu unterstützen.

Unsere **Taschengeldbörse** muss verwaltet werden. Auch hier brauchen wir dringend Unterstützung, da wir derzeit leider keine Jobs vermitteln können.

Nach unserem oben angekündigten **Umzug zum 1. Oktober 2022 in das Evangelische Gemeindezentrum** in Dattenfeld wollen wir den Vereinszweck, den uns die Satzung auferlegt, weiter verwirklichen durch die Organisation u. a. von

- Begleit- und Besuchsdiensten,
- regelmäßigen Seniorentreffen,
- Bildungsveranstaltungen,
- Hilfe bei hauswirtschaftlichen Verrichtungen usw.

Sie wollen sich ehrenamtlich betätigen und wir haben Ihr Interesse geweckt? Sie haben noch Fragen?

Dann rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns und vereinbaren Sie einen Gesprächstermin mit uns: Telefon: 02292 922308 – E-Mail: vorstand@seniorenbuero-windeck.org

Sollten wir telefonisch nicht erreichbar sein, so hinterlassen Sie uns bitte eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter. Wir rufen dann zurück.

Wir freuen uns auf Sie!

Rätselecke – Sudoku – Normal

		5	4		6	2		
4	7		1		2		5	3
		2				4		9
7								
		4	7		3	9		
	6	3	8		5	1	2	
1				5				2
5	4			7			9	6
			3		8			

Impressum

Herausgeber:

Seniorenbüro AKTIV in Windeck e.V.

Am Kirchweiher 21

51570 Windeck-Dattenfeld

Telefon: 02292 - 922308

E-Mail: h.mueller@seniorenbuero-windeck.org

V.i.S.d.P. Horst Müller, Vorsitzender

www.seniorenbuero-windeck.org